

ROB-50LP-8716.50_2-6-13-48 (20180823 Vermerk an RPin fin)

Erledigung

Metadaten

Link auf Objekt

Dokumentenkennzeichen [Bearbeitungsstatus / Status]

ROB-50LP-8716.50_2-6-13-48 [z.A. verfügt / Abgeschlossen]

Datum

-

Betreff

5 50_Wichtige Schreiben

Adressaten

Adressaten Information

Versandinformation

Keine Einträge

Gemeinsame Anlagen

Name

20180823 Vermerk an RPin fin

Übersicht persönliche Anlagen

Empfänger

Persönliche Anlage

Keine Einträge

Hinweise

-

Unterschriften

z.A.

 ROB, SG 50 am 10.12.2019 08:30:02

Manuelle Unterschriften

Keine Einträge



Zimmer

Telefon

München, 23.08.2018

Luftreinhalteplanung München; Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgeschichtshofes vom 14.08.2018

Anlagen

- 1) Beschluss des BayVGH vom 14.08.2018
- 2) Schreiben des BayVGH vom 17.08.2018

1. Anlass

Mit E-Mail vom 23.08.2018 wurde uns vom StMUV [REDACTED], Ref. 72) der Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgeschichtshofes (BayVGH) vom 14.08.2018 zur Vollstreckungssache „Deutsche Umwelthilfe“ gegen „Freistaat Bayern“ zum Luftreinhalteplan München übersandt, in welchem die Beschwerde des Freistaates Bayern zurückgewiesen wurde. Zusätzlich erhielten wir ein Schreiben des BayVGH vom 17.08.2018 an die Landesadvokatur Bayern zur Frage der Anordnung einer Erzwingungshaft.

2. Sachverhalt

- Zuständig für die Aufstellung von Luftreinhalteplänen ist seit 01.09.2016 die Regierung von Oberbayern (zuvor: StMUV).
- Der Freistaat Bayern wurde mit Urteil vom 09.10.2012 durch das Verwaltungsgericht München anlässlich einer Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) verpflichtet, den Luftreinhalteplan so zu ändern, dass dieser die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung der Immissionsgrenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) enthält.

- Trotz der erfolgten 5. und 6. Fortschreibung wurde wegen der weiterhin anhaltenden NO₂-Grenzwertüberschreitungssituation der Freistaat Bayern am 21.06.2016 zu einem Zwangsgeld verurteilt, wenn er innerhalb eines Jahres seiner Verpflichtung nicht nachkommt.
- Mit Beschluss vom 27.02.2017 verpflichtete der BayVGH den Freistaat Bayern zur Umsetzung der folgenden drei Punkte:
 - 1) Veröffentlichung der Straßenabschnitte mit NO₂-Überschreitungen
 - 2) Einleitung einer Öffentlichkeitsbeteiligung bis zum 31.08.2017 zur Vorbereitung einer weiteren Fortschreibung mit Dieselfahrverboten
 - 3) Veröffentlichung eines vollzugsfähiges Konzeptes mit Dieselfahrverboten bis zum 31.12.2017
- Tenor 1) wurde von der Regierung von Oberbayern fristgerecht umgesetzt – die erforderlichen Straßenabschnitte mit NO₂-Überschreitungen wurden zuständigkeitshalber vom Landesamt für Umwelt zur Verfügung gestellt (Immissionsberechnungen).
- Zu Tenor 2) wurde von der ROB eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit Bekanntgabe am 20.07.2017 zu dem vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmenpaket für saubere Luft in den Innenstädten durchgeführt. Die gerichtlich geforderten Fahrverbote für Dieselfahrzeuge waren darin allerdings nicht enthalten. Der Bereich 5 hatte zuvor bereits ein Konzept für Fahrverbote für Dieselfahrzeuge erarbeitet und dem Präsidium vorgeschlagen, das aber aufgrund der politischen Vorgaben nicht zur Anwendung kam.
- Das VG München verurteilte am 26.10.2017 den Freistaat zur Zahlung des festgelegten Zwangsgeldes, da die Anforderungen wegen des fehlenden Dieselfahrverbotes nicht erfüllt waren.
- Am 16.01.2018 wurde zur Umsetzung des 3. Tenors ein Konzept von uns veröffentlicht. Auch hier hatte der Bereich 5 das Präsidium explizit darauf hingewiesen, dass wegen der fehlenden Dieselfahrverbote die gerichtlichen Vorgaben nicht erfüllt würden. Der Bereich 5 hatte, wie schon früher, ein Konzept mit Fahrverboten zur Erfüllung der gerichtlichen Vorgaben zur Veröffentlichung entworfen und angeboten. Dem wurde jedoch aus oben genannten Gründen und der daraus resultierten Weisungslage nicht gefolgt.
- Die Öffentlichkeit hatte bis zum 05.03.2018 Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem tatsächlich veröffentlichten Konzept (ohne Dieselfahrverbote). Die eingegangenen Stellungnahmen wurden den zuständigen Stellen übermittelt. Die Zusammenstellung und Bewertung der Stellungnahmen zum Konzept für eine 7. Fortschreibung wurde am 10.08.2018 von uns veröffentlicht.

3. Problem

- Die NO₂-Immissionsgrenzwertüberschreitungen an verkehrlich stark belasteten Straßenabschnitten in München würden auch noch über längere Zeit (ca. 2030) ohne einschneidende Maßnahmen anhalten.
- Die mit Beschluss vom 27.02.2017 des BayVGH geforderte Aufnahme von Dieselfahrverboten in den Entwurf eines Luftreinhalteplans wurde bislang nicht entsprochen. Da nunmehr mit Beschluss des BayVGH vom 14.08.2018 die Beschwerde des Freistaates gegen die Festsetzung eines Zwangsgeldes abgelehnt wurde, besteht nunmehr nach wie vor die rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung des Urteils des VG München vom 09.10.2012 bzw. des Beschlusses des BayVGH vom 27.02.2017 fort.

Der BayVGH weist sämtliche vom Freistaat Bayern hervorgetragenen Argumente gegen ein Fahrverbot als gegenstandslos zurück. Der BayVGH hat weder fachliche noch rechtliche Bedenken gegen Fahrverbote – sieht diese Position durch das Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27.02.2018 zur Zulässigkeit von Fahrverboten noch gestärkt.

- In den Randnummer 94 ff. legt der BayVGH dar, dass es im Fall der Landeshauptstadt München sich vor allem um eine streckenbezogene Problematik handelt und methodisch die Sperrung einzelner Straßenabschnitte geprüft werden muss. Allerdings darf es durch Umleitungen nicht zu einer Überschreitung des Immissionsgrenzwertes in anderen Straßen kommen. Grundsätzlich sind aber auch zonale Verkehrsbeschränkungen möglich.
- Im Schreiben vom 17.08.2018 des VGH an die Landesanstalt für Umwelt wird die Vorlage an den EuGH erwogen in der Auslegungsfrage, ob eine Erzwingungshaft z.B. für die Leiter der Behörden, Stellvertreter, Abteilungs- bzw. Bereichsleiter bis ggf. zum Sachgebietsleiter angeordnet werden kann.

4. Lösungsvorschlag

- Aufgrund der Zuständigkeit für die Luftreinhalteplanung hält der Bereich 5 es für angebracht, einen Entwurf des Luftreinhalteplans entsprechend den Vorgaben des Gerichtes zur Umsetzung des Tenors 3 mit Dieselfahrverboten in Abstimmung mit der Landeshauptstadt München aufzustellen (nach Durchführung der gesetzlich geforderten Öffentlichkeitsbeteiligung).
- Der bereits vorhandene Bereichsvorschlag des Entwurfs der 7. Fortschreibung enthält außer den bereits im „Konzept“ veröffentlichten Maßnahmen ein Dieselfahrverbot mit folgenden Eckpunkten: Fahrverbote für Dieselfahrzeuge nach Vorgaben des Bundes-

verwaltungsgerichtsurteils vom 27.02.2018 (beginnend mit der Stufe Euro V/5 ab 01.09.2019) im Bereich der jetzigen Umweltzone, Ausweitung des Fahrverbotes nach einer Übergangszeit von einem Jahr auf den Mittleren Ring, ggf. nach einer gewissen Übergangszeit straßenspezifische Fahrverbote im verbleibenden Stadtgebiet, wenn erforderlich; Ausnahmen in Analogie zur derzeitigen Umweltzone, insbesondere für Anwohner. Die Ausnahmen sollen gekoppelt werden an das Kriterium „Nachrüstung nicht verhältnismäßig“. Begleitend von Beginn an soll eine NO₂-Immissionsüberwachung zur Kontrolle der Maßnahmen sowie zur Beurteilung erfolgen, ob für weitere Straßenabschnitte außerhalb der Zone Verkehrsbeschränkungen erforderlich werden. Da die veröffentlichten NO₂-Überschreitungsstraßenabschnitte auf der Grundlage von 2015 berechnet wurden, die Flottenerneuerung jedoch deutlich fortgeschritten ist, bedarf es einer Aktualisierung der NO₂-Überschreitungsabschnitte durch das zuständige LfU. Dies kann in dem Zeitraum der Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen, damit die neuen Ergebnisse ggf. noch einfließen können.

- Die Landeshauptstadt München hält ebenfalls die zonenbezogene Fortschreibung der Umweltzone für sachgerecht und lehnt streckenbezogene Fahrverbote wegen der Verlagerungsproblematik durch den Umleitungsverkehr ab (entsprechende Stadtratsbeschlüsse liegen vor). Darüber hinaus ist es das Ergebnis eines Verkehrsgutachtens im Auftrag des LfU, dass im Fall von München mit den zahlreichen Überschreitungsorten nur eine flächen(zonen)bezogene Lösung zielführend ist. Das Gutachten wird jedoch bislang vom StMUV nicht freigegeben.

Es ist daher davon auszugehen, dass auf fachlicher Ebene eine Einigung zu der Ausgestaltung der Fahrverbote im Rahmen eines erforderlichen Abstimmungsgespräches mit der Stadt möglich ist.

- Der Bereich bittet um Zustimmung des Präsidiums zur Aufstellung eines Luftreinhalteplans gemäß den gerichtlichen Vorgaben mit Dieselfahrverboten nach den o.g. Eckpunkten.
- Da die Argumente des Freistaates Bayern durch den Beschluss des BayVGh v. 14.08.18 vollumfänglich abgewiesen wurden, bestehen keinerlei rechtliche Bedenken gegen Umsetzung der Verpflichtungen. Der BayVGh stellt fest, dass die Bedenken, die er seinerzeit noch hegte, durch die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.18 als ausgeräumt gelten können (Rn. 95). Rechtliche Hürden für die Umsetzung der oben aufgelisteten Verpflichtungen sind nicht ersichtlich. Unseres Erachtens ist daher nun die gebotene Öffentlichkeitsbeteiligung mit einem den gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben entsprechenden Konzept vorzubereiten, wie schon zuletzt mit E-

Mail vom 03.05.18 durch den Bereichsleiter 5 gegenüber dem Präsidium angeregt.

- Folgende Arbeitsschritte sind hierfür erforderlich:
 - 1) Erstellung eines mit der Landeshauptstadt München abgestimmten Entwurfs der 7. Fortschreibung mit Fahrverboten
 - 2) Abstimmung des Entwurfs mit der Landeshauptstadt München
 - 3) Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung
 - 4) Bewertung der Stellungnahmen
 - 5) Abstimmung des endgültigen Entwurfs
- Zeitbedarf: insg. bis ca. Mai/Juni 2019 (schwierig absehbar – abhängig von der Mitwirkung der Beteiligten und der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung; Der Entwurf für die Abstimmung mit der Landeshauptstadt München kann jedenfalls durch den Bereich 5 in kurzer Zeit finalisiert werden)

II. Elektronischer Abdruck

Regierungspräsidentin, Regierungsvizepräsident, BLin 2, BL3, BL5, 55.1, 50

III. WV bei SG50

IV. Zum Akt bei SG50

Mitz.: BL5

55.1:

50Bg:

E: [REDACTED], 23.08.2018,
[REDACTED]